

BUNDESMINISTERIUM
**FÜR LANDESVERTEIDIGUNG
UND SPORT**
S91150/36-PMVD/2016
Zur Veröffentlichung bestimmt

24/11

Bericht zum „CEDC+“-Verteidigungsministertreffen
(Zentraleuropäische Verteidigungskooperation)
am 7. November 2016 in Frauenkirchen / Burgenland

Vortrag
an den
Ministerrat

Während der diesjährigen österreichischen Präsidentschaft der Central European Defence Cooperation (CEDC) fand am 7. und 8. November 2016 bereits das zweite Treffen der Verteidigungsminister in einem erweiterten Format statt. Neben den CEDC-Teilnehmerstaaten Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Kroatien und Polen als Beobachter beteiligten sich am Treffen auch meine Amtskollegen aus Mazedonien, Montenegro und Serbien. Wie bereits bei der ersten Zusammenkunft in diesem Rahmen im April 2016 stand auch diesmal die Bewältigung der illegalen Migration im Mittelpunkt. Zudem wurden die Sicherheit am Westbalkan sowie eine weitergehende Koordinierung der CEDC-Staaten in der künftigen Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) erörtert.

Die wesentlichen Punkte, in denen Einigung vorherrschte, waren:

- Einhellig wurde die Meinung geäußert, dass der Schutz der EU-Außengrenzen unter Einsatz ziviler, polizeilicher und militärischer Kapazitäten zu erfolgen hat.
- Angesichts eines möglichen Scheiterns des EU-Türkei-Abkommens wurde die Notwendigkeit unterstrichen, dass sich Verteidigungs- und Innenministerien zentraleuropäischer Staaten in enger Abstimmung auf unterschiedliche Szenarien vorbereiten müssen. Daher wurde nach Rücksprache mit Innenminister Mag. Wolfgang Sobotka in weiterer Folge nach dem gegenständlichen Treffen der Verteidigungsminister ein zeitnahes Treffen der Verteidigungs- und Innenminister der Formate CEDC und Forum Salzburg unter Berücksichtigung der bereichsübergreifenden Herausforderungen in Aussicht genommen. Ziel eines solchen Treffens soll die Erarbeitung eines gemeinsamen Aktionsplanes sein.
- Des Weiteren wurde Unterstützung für das Grenzmanagement der Staaten entlang der Westbalkanroute seitens der CEDC-Staaten – und zwar auf bilateraler und multilateraler Ebene – zugesichert. Ich bestätigte, dass Österreich die Bemühungen von Serbien zur Sicherung der Grenzen mit Nachsichtgeräten – wie schon jene Mazedoniens im Frühjahr dieses Jahres – unterstützen wird. Zusätzlich soll zur Verstärkung des Aufbaus von Kapazitäten für das serbische Grenzmanagement ein luftgestütztes Sensoriksystem als gemeinsames österreichisch-serbisches Erprobungsprojekt zur Anwendung kommen. Diese Maßnahmen an den Grenzen südlicher Nachbarstaaten sind als vorgeschobene Sicherheitsprojektion im Sinne der Sicherheitsinteressen Österreichs zu verstehen.

- Die Notwendigkeit der Einbindung der EU-Kommission bei der Optimierung der Hilfsmaßnahmen zur Steuerung der illegalen Migration entlang der Westbalkanroute wurde besonders unterstrichen. Dies solle insbesondere unter Anwendung von GSVP-Ressourcen erfolgen.
- Übereinstimmung herrschte auch in der Darstellung der sicherheitspolitischen Entwicklungen in den Staaten des Westbalkans. Neben Schlepperaktivitäten wurden Bedrohungen durch die Rückkehr der sogenannten „Foreign Fighters“ aus dem Irak und Syrien sowie die weitervorschreitende Radikalisierung in Teilen der Gesellschaft in den Staaten des Westbalkans diskutiert.

Unter Berücksichtigung der Sicherheitslage in den Staaten des Westbalkans und der deklarierten Absicht, diese über dem EU-Integrationsprozess nachhaltig stabilisieren zu wollen, wurde mit dem Besuch der CEDC-Minister in Bosnien und Herzegowina am 8. November ein sichtbares Zeichen zur Stärkung des Stabilisierungsprozesses gesetzt. Es herrschte Konsens darüber, dass es Frieden und Stabilität am Westbalkan nur geben kann, wenn Bosnien und Herzegowina gesellschaftspolitisch und sozioökonomisch positive Entwicklungen aufweist. Es bestand auch Einvernehmen unter den CEDC-Staaten, die fortgesetzte militärische EU-Präsenz in Bosnien und Herzegowina weiterhin zu unterstützen und dazu auch zukünftig militärische Beiträge zu leisten.

Abschließend wurde auf Initiative Österreichs eine „Joint Declaration“ im Sinne eines CEDC-Rahmendokumentes unterschrieben. Darin werden unter anderem die Interessen der CEDC-Staaten vor dem Hintergrund der gemeinsamen sicherheitspolitischen Herausforderungen betont und CEDC-interne Abläufe spezifiziert. Ab Jänner 2017 übernimmt Tschechien für ein Jahr die CEDC-Präsidentschaft. Besonders erfreulich ist, dass der tschechische Verteidigungsminister bestätigt hat, das CEDC-Engagement im Sinne der österreichischen Präsidentschaft mit Fokus auf Migration und Westbalkan weiterführen zu wollen.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle vom vorliegenden Bericht Kenntnis nehmen.

Wien, am 30. November 2016

Mag. Hans Peter Doskozil eh.